

Interview mit Gemeinderat Yves Keller zu den Legislaturzielen im Finanzbereich

Optimismus bei der langfristigen Finanzplanung trotz Unwägbarkeiten

Bis Ende Legislatur hat sich der Gemeinderat einige Ziele vorgenommen, auch bei den Finanzen. So geht er trotz absehbar hoher Investitionen von einem stabilen Steuerfuss von 87% aus. Gemeinderat Yves Keller erläutert im Gespräch, warum.

Beginnen wir mit dem langweiligsten Thema: Zu den Legislaturzielen im Finanzbereich gehört unter anderem die Umstellung auf die «Rechnungsführung nach HRM2» – Ist diese umgesetzt und zeichnen sich allenfalls bereits Vor- oder Nachteile ab?

Die Rechnungsführung gemäss dem «Harmonisiertem Rechnungsmodell 2» ist von der Verwaltung erfolgreich umgesetzt und die erste Jahresrechnung nach dem neuen Standard abgeschlossen worden. Der Kanton wollte mit HRM2 ja erreichen, dass die Finanzdaten der Gemeinden besser verglichen werden können. Ich habe hier allerdings meine Zweifel, ob dies gelingen wird. Die unterschiedlichen Abschreibungen in den Gemeinden erschweren dies. Das statistische Amt hat keine bereinigten Daten veröffentlicht.

In Maur soll der Steuerfuss von 87% in den kommenden Jahren stabil bleiben. Wir haben aber aktuell mit Corona eine grosse Verunsicherung, welche finanziellen Auswirkungen die Pandemie haben wird. Einige Gemeinden machen sich Sorgen. Woher rührt der Optimismus in der Maurmer Finanzplanung?

Wir sind natürlich keine Propheten, wir schauen einfach unsere Situation an. In Maur haben wir weniger grosse Firmen und sind somit von grösseren Ausschlägen bei den Steuererträgen verschont. Bei den Auslagen, hier vor allem auch im sozialen Bereich, werden wir aber absehbare Mehraufwendungen haben.

Könnten nicht auch die Steuererträge der natürlichen Personen einbrechen?

Wir gehen davon aus, dass sich der Rückgang der Steuererträge bei den natürlichen Personen im Rahmen der kantonalen Prognosen halten wird. Das bedeutet aber gleichzeitig, dass wir bei zwischenzeitlich tieferen Steuererträgen mit keiner wesentlichen Entlastung beim Finanzausgleich rechnen können.

Wichtig für die künftige finanzielle Entwicklung sind aber auch die Investitionen. Ich bin froh, dass ich als Mitglied des Liegenschaftenausschusses einen guten Überblick über unsere finanzielle Gesamtplanung erhalte und mitge-



Yves Keller vor der Looren-Baustelle – diese ist ein grosser Brocken bei den Gemeindefinanzen. Bild: Ch. Lehmann

stalten kann. Wir haben zusammen erkannt, dass wir mehr Entscheidungsgrundlagen brauchen, und sind im Moment daran, diese aufzuarbeiten, indem wir ökologische, ökonomische sowie nutzerbasierte Analysen erstellen. Bei jeder Liegenschaft und Baulandparzelle wird eine Strategie hinterlegt. Mit diesem Wissen können wir dort ansetzen, wo sich künftige Investitionsausgaben und Unterhaltsaufwendungen beeinflussen lassen. Dies stimmt mich optimistisch.

Auf der Einnahmenseite wird die Situation bei den Grundstückgewinnsteuern immer noch als sehr stabil und optimistisch beurteilt. Warum?

Einerseits wegen der vergangenen Transaktionen und andererseits wegen der hohen Nachfrage nach Immobilien. Die Gemeinde Maur als Naherholungsgebiet am Stadtrand ist eine sehr beliebte Wohngemeinde. Auch in diesem Jahr sind wir mit den Erträgen über Budget. Das aktuell tiefe Zinsumfeld, der Generationenwechsel bei den Einfamilienhäusern sowie die immer noch anhaltenden Preissteigerungen lassen uns zuversichtlich in die Zukunft blicken.

Der Gemeinderat sprach in seinem letzten Verhandlungsbericht selbst von einer «herausfor-

dernden Situation für die drei aktuellen Handlungsschwerpunkte: Erneuerung und Ausbau der Infrastruktur, Projekte im Rahmen der Legislaturziele sowie der Reorganisation der Gemeindeverwaltung». Was ist genau gemeint? Herausforderungen in der Infrastruktur gehen wir erstens an, indem wir die Projekte frühzeitig analysieren und die Weichen dort stellen, wo die Kosten massgeblich beeinflusst werden können. Mit der Annahme des Bevölkerungsschutzgebäudes haben wir überdies mehr Planungssicherheit gewonnen.

Für die Zeitspanne der Legislatur hat zweitens jede Ressortvorsteherin und jeder Ressortvorsteher Ziele formuliert und mit dem Gesamtgemeinderat abgeglichen. Diese werden zusammen mit der Verwaltung umgesetzt, was natürlich finanzielle und zeitliche Ressourcen bindet. Diese Projekte sind aber wichtig, damit sich die Gemeinde weiterentwickeln kann. Als dritter Punkt muss sich auch die Gemeindeverwaltung den neuen Entwicklungen auf allen Ebenen stellen. Der Gemeindegemeinderat geht diese Aufgabe mit viel Elan und Gestaltungswillen an.

Die Gemeindebehörde sprach in ihrem letzten Verhandlungsbericht auch davon, Sparmöglichkeiten auszuschöpfen – woran denken Sie da als Finanzvorstand?

Im Rahmen der jährlichen Budgetgespräche mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Gemeinde-

«Wir haben erkannt, dass wir mehr Entscheidungsgrundlagen brauchen.»

rat prüfen wir die Eingaben und Prognosen jedes Bereichs. Wenn wir hier auf Posten stossen, auf die wir verzichten können oder die wir günstiger umsetzen können, hinterfragen wir die bisherige Praxis und machen Anpassungen. Dies geschieht auch unter dem Jahr bei der Behandlung von Gemeinderatsgeschäften.

Beim Tiefbau gibt es doch auch ein grosses Sparpotenzial?

Die Investitionsausgaben mögen hoch erscheinen. Aber die Wichtigkeit der Versorgungs- und Entsorgungsinfrastruktur wird gerne unterschätzt, weil sie «unter dem Boden» liegt oder weil wir sie inzwischen als selbstverständlich ansehen, zum Beispiel die Strassen. Auch im Tiefbau ist es wichtig, dass wir frühzeitig planen, damit wir Synergien nutzen können. Im Übrigen haben wir trotz des grossen Gemeindegebiets, das wir abdecken müssen, moderate Gebühren beim Wasser und beim Abwasser.

Es gibt auch Ausgaben im Tiefbau ohne Not, wie beispielsweise die flächendeckende Einführung von 30er-Zonen oder das Erstellen von Trottoirs mit teuren Landabtretungen in Kernzonen. Muss das wirklich sein? Meistens sind ja auch die Bürger dagegen.

Hier müssen wir klar unterscheiden: Es gibt gesetzliche Vorgaben, welche die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten und bei denen wenig bis kein Entscheidungsspielraum vorhanden ist, zum Beispiel bei den Trottoirs. Andererseits gibt es Ziele im Gestaltungsbereich der Behörden, welche im politischen Prozess und im Austausch mit der Bevölkerung geprüft werden, so die Tempo-30-Zonen.

Immer wieder ist ja von einer anstehenden Sanierung des Gemeindehauses die Rede. Die Verwaltung wächst und wächst, ohne dass man dabei als Bürger das Gefühl hat, einen Mehrwert davon zu erhalten. Gerade in der aktuellen Situation gibt es doch enorm viele Firmen, die Jobs ins Homeoffice auslagern. Ein Sachbearbeiter Steuern oder Hochbau kann doch für die Bürger genauso gut von zuhause aus arbeiten und braucht keine Facilities von der Gemeinde. Werden solche Ideen in der Behörde diskutiert?

Die Sanierung beziehungsweise Erneuerung des Gemeindehauses ist in der Investitionsplanung aufgenommen, sie steht aber nicht unmittelbar bevor. Ja, die Gemeindeverwaltung ist in den letzten Jahren gewachsen. Sie reagiert auf gesetzliche Auflagen, gesellschaftliche und technologische Entwicklungen. Der Wechsel ins Homeoffice hat dank unserer IT-Architektur praktisch von einem Tag auf den anderen funktioniert. Wir müssen aber auch sehen: Die Verwaltung ist ein Dienstleistungsbetrieb, sie ist vor Ort für die Bevölkerung da und der Austausch unter den Abteilungen ist wichtig. Homeoffice wird auch in Zukunft ein Thema bleiben, wird aber mittelfristig kaum zu einer spürbaren Entlastung der

«Das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz wird uns mit jährlich CHF 850000 zusätzlich belasten.»

Investitionsplanung Gemeinde Maur 2020 bis 2034

Dem Finanz- und Aufgabenplan der Gemeinde kann entnommen werden, mit welchen Investitionen die Gemeinde über den Zeitraum der nächsten 15 Jahre rechnet. Für die Jahre 2020 bis 2024 sind 80 Millionen Franken in die Planung eingestellt. Hiervon entfallen knapp die Hälfte auf Investitionen auf der Looren. Auf übrige Liegenschaften der Gemeinde entfallen 3 Millionen, auf die Primarschulinfrastruktur 6 Millionen. Mit 18 Millionen Ausgaben wird für Strassen und Bäche gerechnet, auf die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung gehen 14 Millionen zurück.

In der langen Frist, 2025 bis 2034, sind Investitionsausgaben von 117 Millionen in die Planung aufgenommen. Das Schwergewicht liegt hier auf der Infrastruktur der Primarschulen mit 53 Millionen. Auf die übrigen Liegenschaften der Gemeinde entfallen 16 Millionen, auf die Strassen und Bäche 21 Millionen und auf die Wasserversorgung sowie die Abwasserentsorgung 27 Millionen. Die Gesamtsumme der Investitionen über 15 Jahre liegt somit bei 197 Millionen – oder 13 Millionen Franken pro Jahr.

Investitionsplanung Gemeinde Maur 2020–2034			
	mittelfristig 2020–2024	langfristig 2025–2034	Total 2020–2034
Investition Looren	39		
Übrige Liegenschaften Gemeinde	3	16	
Infrastruktur Primarschule	6	53	
Strassen und Bäche	18	21	
Wasser und Abwasser	14	27	
Total	80	117	197

Infrastruktur führen. Genauso wichtig für die Zukunft des Gemeindehauses ist der bauliche Zustand der einzelnen Gebäudeteile.

Wie sind die 100 Millionen Nettovermögen der Gemeinde aufgesplittet?

Das Nettovermögen Ende 2019 ergibt sich aus dem Finanzvermögen von rund CHF 142 Mio. abzüglich des Fremdkapitals von CHF 47 Mio. Im Finanzvermögen entfielen etwa CHF 50 Mio. auf Liquidität, je CHF 12 Mio. auf Forderungen und Darlehen und der Rest von etwa CHF 66 Mio. auf Liegenschaften und Grundstücke im Finanzvermögen.

Der Prozess des Vermögensabbaus ist ja gewollt. Wie geht er vonstatten?

Durch den planmässigen Abbau der Cash-Positionen im Rahmen der laufenden Projekte primär auf der Looren. Ein weiterer Abbau, zum Beispiel durch den Verkauf von Liegenschaften oder von Grundstücken, wäre mit dem Souverän zu klären, ist derzeit aber nicht angedacht.

Bis 2035 will die Gemeinde Maur mit ihren 10000 Einwohnern knapp 200 Millionen investieren. Ein gewaltiger Betrag – können Sie hier noch ruhig schlafen?

Ja, das kann ich. Unsere Richtschnur sind die jährlich für Investitionen zur Verfügung stehenden Mittel, die Cashflows. Unsere Stärke sind die in der Vorbereitungszeit geäußerten Reserven. Die Investitionen der nächsten fünf Jahre werden wir aus eigener Kraft stemmen. Die langfristigen

Ausgaben, insbesondere bei den Primarschulanlagen, sind vorerst noch grob geschätzt und die genaue Planung wird ergeben, wie hoch diese dann tatsächlich sein werden. Hier kommen grosse Herausforderungen zeitlich geballt auf uns zu. Einen Teil dieser Ausgaben werden wir aus heutiger Sicht fremdfinanzieren müssen. Aber das ist ja der Sinn der Planung, wir können den Bedarf in der Umsetzung mit unseren Möglichkeiten abstimmen.

Gleichzeitig müssen wir uns mit den vielen Veränderungen und Herausforderungen der Gegenwart und der nahen Zukunft auseinandersetzen, die unsere Ausgaben beeinflussen.

Viele Unbekannte also?

Das ist so. Unser Augenmerk richtet sich deshalb auf den ganzen Budgetprozess, wo wir Handlungsspielräume identifizieren und klare Verantwortlichkeiten zuweisen. Keinen Spielraum haben wir bei Neuerungen auf gesetzlicher Stufe. Das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz wird uns mit jährlich CHF 850000 zusätzlich belasten. Das sind zwei Steuerprozent. Andererseits gibt es auch Entlastungen: Die beschlossene Erhöhung der Kantonsbeiträge an die Zusatzleistungen und die Beiträge aus dem Strassenfonds. Ein stetiges Thema bleibt auch der schon erwähnte Finanzausgleich.

Und dann kommt so etwas Unvorhergesehenes wie die Covid-Pandemie, Projekte werden ausgebremst, dafür steigen an einem anderen Ort die Ausgaben und es muss viel Energie in bekannte und in neue Themen gesteckt werden, insbesondere im sozialen Bereich. Die Milizpolitik und die Verwaltung sind gefordert.